

Rede
von Frau Ingrid Fischbach MdB
im Deutschen Bundestag
am 29.09.2006

zu TOP 29

- a) Gesetz zur Einführung des Elterngeldes 16/1889
- b) Flexible Konzepte für die Familie- Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung zukunftsfähig machen, Elterngeld sozial gestalten 16/1168,16/1877
- c) Siebter Familienbericht Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit- Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik und Stellungnahme der Bundesregierung 16/1360

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Frau Ministerin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Heute ist ein großer Tag für die Familien in Deutschland! Denn:

„Ohne Familie, in welcher Ausgestaltung auch immer, kann keine Gesellschaft leben.“

Auch die deutsche nicht.

Die Familienpolitik der letzten Monate hat gezeigt, dass es Ihnen gelungen ist - wehrte Frau Ministern - familienpolitische Themen - wie das Elterngeld - in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion zu stellen und der Familie an sich einen höheren Stellenwert einzuräumen.

Die 15. Shell- Jugendstudie und der 7. Familienbericht belegen dabei eindeutig, dass die Bedeutung der Familie zugenommen hat. 73% der Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren leben noch bei ihren Eltern. Entgegen der These von der Auflösung von Ehe und Familie lässt sich bei den heutigen jungen Menschen eine starke Familienorientierung feststellen, die in den letzten Jahren sogar noch etwas angestiegen ist.

Rund 72 Prozent der befragten Jugendlichen sind der Meinung, dass man eine Familie braucht, um glücklich zu leben. Die Familie kann Sicherheit, sozialen Rückhalt und emotionale

Unterstützung bringen. Beim 7. Familienbericht steht für 89% der Befragten die Familie an erster Stelle.

Dennoch gehört Deutschland zu den Ländern, in denen die Geburtenrate am niedrigsten ist. Warum, könnte man sich da fragen? Warum, wenn wir im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn doch so viel Geld in Familien investieren, wie kein anderer Staat? Laut Robert Bosch Stiftung investiert Deutschland 2,9% des BIP in familienpolitische Sach- und Barleistungen und liegt dabei über dem EU- Schnitt.

Die Gründe dafür liegen in der Hand:

Junge Familien müssen dabei unterstützt werden, wieder mehr Mut für Kinder zu haben. Dabei ist es die Aufgabe der Familienpolitik, dafür Sorge zu tragen, dass Eltern den bekannten Dreiklang aus Infrastruktur, Zeit und Geld vorfinden. Hierzu gehören deshalb nicht nur der Ausbau von Kindertagesbetreuungseinrichtungen, der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht, sondern neben der Zeit für Familie auch die finanziellen Hilfen für Familien.

Das Elterngeld ist eine solche Maßnahme, die Familien konkret hilft, wieder mehr Mut zu haben, sich für ein Leben mit Kindern zu entscheiden.

Mit der heutigen Verabschiedung des Gesetzentwurfes zum

Elterngeld hat die Bundesregierung deshalb einen Meilenstein in der deutschen Familienpolitik gesetzt:

Durch den finanziellen Ausgleich des entfallenden Einkommens und dem Mindestelterngeld wird erstmals allen Familien Wahlfreiheit gewährt. Hierfür hat sich die Union immer eingesetzt, denn diese Wahlfreiheit verhindert eine staatliche Bevormundung in Hinblick auf ein bestimmtes Familienmodell.

Dies haben wir bereits in der letzten Wahlperiode deutlich gemacht(Antrag: Wiedereinstieg in den Beruf 15/1983).

Familien muss die größtmögliche Wahlmöglichkeit für ihren Lebensentwurf offen gehalten werden, egal, ob beide Partner oder nur der eine einem Beruf nachgeht. Familien dürfen nach wie vor nicht in ein bestimmtes Lebensmodell gedrängt werden. Deshalb sind individuelle Lösungen gefragt. Entscheidend für einen erfolgreichen Wiedereinstieg ins Erwerbsleben sind neben der Berufsangebote insbesondere vielfältige und bedarfsgerechte Angebote der Kinderbetreuung für alle Altersgruppen.

Umso stolzer können wir nun behaupten, diese Kernforderung der Wahlfreiheit durch die Zahlung des Mindestelterngeldes durchgesetzt zu haben.

Doch was sieht der Kompromiss des Elterngeldes vor?

Das Gesetz, das am 01. Januar 2007 in Kraft tritt, umfasst unter anderem folgende Eckpunkte:

1. Das Elterngeld ist eine Einkommensersatzleistung: 67 Prozent des wegfallenden Einkommens, maximal 1800 Euro netto, werden ersetzt, wenn die Arbeitszeit auf unter 30 Stunden pro Woche reduziert wird. Daneben konnte die Union ein **Mindestelterngeld** in Höhe von 300 Euro durchsetzen, das jede Familie im ersten Lebensjahr des Kindes bekommt. Durch diese Regelung wird vor allem die traditionelle Alleinverdienerfamilie unterstützt, die in der ursprünglichen Fassung leer ausgegangen wäre.

Zugegeben: ich war immer dafür, die Eltern finanziell zu unterstützen, die über kein eigenes Einkommen verfügen. Wäre man nicht zu der nun vorliegenden Regelung gekommen, hätten sie gegenüber den erwerbstätigen Eltern eine Schlechterstellung erfahren. Mit dem nun gefundenen Kompromiss wird aber nunmehr jede Familie erreicht.

2. **Geringverdienerkomponente:** Die Union hat

durchgesetzt, dass bei Familien mit kleinen Einkommen (unter 1000 Euro) der Mindestbetrag aufgestockt werden kann, wenn ein besonderer Bedarf besteht. Eine Lohnersatzleistung von bis zu 100% ist möglich. Hierdurch ist es gelungen, berufstätige Eltern mit einem kleinen Einkommen nicht mit Arbeitslosengeld II-Empfängern gleichzusetzen, da für CDU/CSU der Grundsatz gilt, dass sich Arbeit immer lohnen muß!

- 3. Partnermonate:** Die Union hat erreicht, dass bei der Bezugsdauer des Elterngeldes – anders als ursprünglich geplant – ein Bonussystem zum Zuge kommt. Wenn sich die Eltern die Betreuungszeit teilen, wird das Elterngeld insgesamt 14 Monate gezahlt (12+2 Regelung). Falls nur ein Partner die Kindesbetreuung übernimmt, erhält die Familie das Elterngeld für 12 Monate. In der ursprünglichen Fassung war für den letzten Fall eine Bezugszeit von nur 10 Monaten vorgesehen. Die Union hat sich hier erfolgreich gegen eine staatliche Gängelung bei der Frage, welcher Elternteil wann sein Kind betreut, durchgesetzt. Alleinerziehende erhalten das Elterngeld 14 Monate, wenn sie Vater- und Muttermonate erfüllen.

Als das Elterngeld Teil der öffentlichen Diskussion in Deutschland wurde, gab es verschiedene Umfragen, die Familien nach den Partnermonaten befragten. 67 Prozent der Befragten gaben an, sie würden die Regelung begrüßen und 53 Prozent der befragten berufstätigen Männer im Alter von 18 bis 45 Jahren gaben an, diese zwei Partnermonate gerne in Anspruch nehmen zu wollen, um sich der Betreuung und Erziehung der Kinder widmen zu können. Ein Drittel der Männer bekannte aber auch, keine Lust auf Hausarbeit zu haben.

Befragte man hingegen die Mütter, neben der Kindererziehung berufstätig zu sein, so gaben in einer Forsa Umfrage 88% der Mütter an, neben der Kindererziehung wieder berufstätig sein zu wollen.

4. Bezugszeitraum:

Das Elterngeld kann bei gleichem Budget auf die doppelte Anzahl der Monate gedehnt werden. Eine Person kann dann bis zu 24 Monate halbes Elterngeld beziehen, eine allein erziehende Person bis zu 28 halbe Monatsbeträge, wenn kein Anspruch auf Mutterschaftsgeld einschließlich Arbeitgeberzuschuss besteht.

Auch die Partnermonate können gedehnt werden, so dass ein Paar auf bis zu maximal 28 halbe

Monatsbeträge kommen kann. Eine Regelung, die vor allem den Familien entgegen kommt, die eine längere Auszeit aus dem Beruf planen, um sich ganz der Erziehung ihrer Kinder zu widmen.

5. Geschwisterbonus:

Mit der Einführung eines Geschwisterbonus stärkt die CDU/CSU die klassische Familie. Nach langen Verhandlungen konnten wir uns auf das Modell des DJB einigen. Wird ein zweites Kind innerhalb von 36 Monaten nach der Geburt des ersten Kinde geboren, wird zusätzlich zum Elterngeld 10 Prozent, mindestens aber 75 € mehr gezahlt. Damit wurde eine seit Wochen von der Union, Verbänden und Bundesrat erhobene Forderung umgesetzt. In der ursprünglichen Regelung sollte der Bezugszeitraum für den Geschwisterbonus nur 24 Monate gelten.

Die Sachverständigenkommission des 7. Familienberichts hat zu dem geplanten Elterngeld folgendes gesagt. Ich zitiere:(...)“ein einkommensabhängiges Elterngeld hat die gleiche Bedeutung wie die Fortbildung im Beruf, denn es ist eine Freistellung von der Erwerbsarbeit zur Unterstützung der Entwicklung von Humanvermögen und Humankapital einer

Wissensgesellschaft. Deshalb unterstützt die Familienberichtscommission ein Elterngeld nach skandinavischem Vorbild(...). Ich zitiere weiter:(...)“ Im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik handelt es sich damit um eine **Zukunftsinvestition einer Gesellschaft**(...)“. Die Kommission geht davon aus, dass diese Leistungen auch einen positiven demografischen Effekt haben.

In den skandinavischen Ländern wird die allgemein bekannte hohe Geburtenrate den politischen Gegebenheiten und den Besonderheiten der dortigen Wohlfahrtsregime zugeschrieben. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in diesen Ländern wird immer wieder als Paradebeispiel dafür gesehen, die Geburtenrate in einem Land anzukurbeln.

Zur Erinnerung:

Deutschland gehört zu den Ländern, in denen 40% Prozent der Akademikerinnen laut Statistischem Bundesamt kinderlos bleiben, je Frau liegt die Geburtenziffer nur bei 1,36 Kindern. Hierzu sei aber noch hinzugefügt, dass das eigentliche Problem in Deutschland nicht nur die Kinderlosigkeit ist, sondern vielmehr auch die geringe Quote an Mehrkindfamilien, die die Kinderlosigkeit ausgleichen könnten (7. Familienbericht).

In Schweden hingegen liegt die Geburtenquote bei 1,8 Kindern je Frau.

Wie die Zahlen belegen, hat die Einführung des Elterngeldes in Schweden – und auch in den anderen Ländern - eindeutig zu einer höheren Geburtenrate geführt.

Die Geburtenzahlen sind in Schweden aber auch deshalb so hoch, weil dort die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert und seit Jahren gefördert wird. Dazu gehört z.B. eine staatliche bezuschusste Kinderbetreuung auf Vollzeitbasis.

Der 7. Familienbericht ist zu dem Schluss gekommen, dass Familien veränderte Rahmenbedingungen brauchen. Nur so sei, laut der Sachverständigenkommission, Erwerbsarbeit und Familienarbeit in Einklang zu bringen. Familienpolitik muss sich an den Rahmenbedingungen und den realen Lebensverhältnissen der Familien anpassen.

Eins muss uns aber allen klar sein: damit die Umsetzung des Elterngeldes und ein Anstieg der Geburtenrate auch fruchten kann, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass eine Betreuung der Kinder nach der Elternzeit gewährleistet ist.

Hier hat die Familienkommission des 7. Familienberichts eindeutige Empfehlungen abgegeben. Deutschland kann nur kinderfreundlicher werden, wenn der bereits erwähnte Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur hergestellt ist.

Diesen Dreiklang setzen wir mit dem Elterngeld auf der einen Seite und dem Ausbau der

Kindertagesbetreuungseinrichtungen auf der anderen Seite um. Durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz ist die rechtliche Grundlage für die notwendige Betreuungssituation von Kindern unter 3 Jahren geschaffen worden. Neben der Fortentwicklung der Kindertagesstätten bedeutet dies auch, die Kindertagespflege - besonders erwähnen möchte ich hier die Arbeit der Tagesmütter - und die betrieblich unterstützte Kindertagesbetreuung auszubauen. Die gesetzlichen Regelungen hierzu sind am 1. Januar 2005 in Kraft getreten.

Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn der Weg des Elterngeldes steinig war und in seiner ursprünglichen Form ein Kind der Vorgängerregierung war, können wir mit der jetzt abzustimmenden Gesetzesvorlage sehr zufrieden sein.

Eine Studie der Robert Bosch Stiftung über Kinderwünsche in Deutschland kommt zu dem Ergebnis, dass eine den Bedürfnissen der Familie angepasste Familienpolitik bei der Verwirklichung von Kinderwünschen helfen kann. Ich denke, dass wir mit dem richtigen Mix familienpolitischer Maßnahmen auf gutem Wege und unserem Ziel näher sind, familien- und kinderfreundlicher zu werden.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Bischof Huber über die Bedeutung der Familie schließen:

„Heute geht es darum, die Bedeutung der Familie wie das Glück mit Kindern neu zu entdecken(...)Für beides ist neues Zutrauen nötig. Ein Zutrauen zur Leistungsfähigkeit unserer Familien. Und ein Zutrauen zu einem Leben mit Kindern.“

Wir haben dieses Zutrauen: für unsere Familien, für unsere Kinder, für unsere Zukunft!